

Parlamentarischer Vorstoss

Vorstoss-Nr.: 038-2015
Vorstossart: Interpellation
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2015.RRGR.95

Eingereicht am: 22.01.2015

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Schindler (Bern, SP) (Sprecher/in)
Stucki (Bern, SP)

Weitere Unterschriften: 2

Dringlichkeit verlangt: Nein
Dringlichkeit gewährt:

RRB-Nr.: vom
Direktion: Erziehungsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat:



Politische Bildung im Kanton Bern und im Lehrplan 21

In der Vergangenheit wurden mehrere Motionen und Anträge zum Thema «Verbesserung der politischen Bildung» überwiesen. Im November 2000 forderte die damalige Grossrätin Evi Allemann einen rechtzeitigen und aktuellen Unterricht in Staatskunde und aktualitätsbezogener Geschichte. Im November 1998 fragte die ehemalige Grossrätin Ursula Wyss in einer Interpellation nach Verbesserungsmöglichkeiten des Staatskundeunterrichts.

In der Antwort auf die einstimmig als Postulat überwiesene Motion Masshardt M 267/2006 «Politische Bildung in der Grundausbildung der Lehrkräfte» schreibt der Regierungsrat u. a.: «...Heute wird eine integrierte Betrachtungsweise vorgezogen. Bei Themen aus Natur, Kultur und Gesellschaft werden auch politische Aspekte behandelt...»

Studien besagen dazu etwas Anderes: «Politische Bildung ist kein Amalgam aus Geschichte, Religion, Sozialkunde, Geographie und moralischer Erziehung, sondern Ausdruck einer eigenständigen Lebensform, die wir die demokratische nennen.» (In: Schlussbericht «Politische Bildung in der Schweiz», Prof. Dr. F. Oser und Dr. R. Reichenbach)

Der RR schreibt auch, dass das Interesse an Weiterbildungen zur politischen Bildung eher gering sei, da sich die Lehrpersonen eher an Lehrmitteln orientieren bei der Wahl ihrer Weiterbildungen.

Zurzeit ist der Lehrplan 21, der interkantonale Gültigkeit haben wird in der Deutschschweiz, in der Überarbeitung. Bei der Erarbeitung wurde Béatrice Ziegler, Leiterin des Zentrums für Politische Bildung und Geschichtsdidaktik am Zentrum für Demokratie in Aarau, hinzugezogen, jedoch nur in fachlicher Hinsicht, ohne mitentscheiden zu können. Politische Bildung will die jungen Menschen auch dazu befähigen, in der Diskussion mit Andersdenkenden einen politischen Entscheid oder Kompromiss zu finden. «Auf der Sek-1-Stufe fehlen im Lehrplan 21 die Möglichkeiten, solches einzuüben.»

Dieses Versäumnis erachtet sie als gravierendes Problem, beginnen sich Jugendliche doch just in diesem Alter für politische Vorgänge zu interessieren. «Sek-1-Schüler müssen zwingend damit konfrontiert werden.»

Der Regierungsrat wird um Beantwortung folgender Fragen gebeten:

1. Inwiefern wurde die in der Motion 268/2006 Masshardt geforderte und mit einer deutlichen Mehrheit überwiesene Forderung «Website Politische Bildung» umgesetzt? Wie wird das Anliegen in den Lehrplan 21 eingebracht und umgesetzt?
2. Wie werden die überwiesenen Vorstösse - namentlich die oben erwähnten - bis jetzt umgesetzt?
3. Die Motion 267/2006 wurde vom Grossen Rat einstimmig als Postulat überweisen. Darin wurde der Regierungsrat beauftragt zu prüfen, ob die Pädagogische Hochschule in der Leistungsvereinbarung verpflichtet werden kann, die politische Bildung (inkl. zeitgemässer, inhaltlicher und didaktischer Informationen) als festen Bestandteil der Grund- und Weiterbildung zu verankern. Wie sehen die Prüfergebnisse aus, und was hat der Regierungsrat diesbezüglich unternommen?
4. Wie werden die neuen Lehrmittel gestaltet, damit das Interesse von Lehrpersonen auch auf Weiterbildungen im Bereich der politischen Bildung gestärkt wird?
5. Wie beurteilt der RR die Tatsache, dass im Rahmen des Lehrplans 21 auf Sekundarstufe I kein eigenständiges Fach für politische Bildung besteht?
6. Wie bringt sich der Kanton da ein?
7. Wie hoch sind die Ausgaben des Kantons für politische Bildung, verglichen mit andern Fächern?
8. Wie will sich der RR dafür einsetzen, dass auf der Sek-I-Stufe die politische Bildung nicht zu kurz kommt im LP 21?